

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat September 300 000 M. und Rauberschung. Ein einzelnes Exemplar 100000 M. Anzeigerpreis: Ein einseitige Zeile über deren Raum 120000 M., die Restameile 80000 M. Mindestbetrag für Nichtschonern der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Versäumnis der Besteller ist der Rabatt unzulässig. Einzelne Aufträge 400 000 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Bezahlungsergang ist der Rabatt unzulässig.

Nr. 217.

Altensteig, Dienstag den 18. September.

Jahrgang 1923

## Die Fiume-Frage.

Fiume, der Hafenplatz an der Adria, gehört zu den Städten, die im Londoner Vertrage vom 26. April 1915, durch den sich Italien zum Eintritt in den Krieg verpflichtete, von der Entente als Zuwachs für den noch zu gründenden südslawischen Staat vorgeschrieben waren. Allein als die Mittelmächte zusammenbrachen, erklärte sich Fiume für den Anschluß an Italien. Die Entente lehnte diese Lösung ab, was natürlich in Italien sehr verstimmt. Es gelang schließlich der italienischen Politik, durchzusetzen, daß Fiume nicht an Jugoslawien fiel, sondern in einen sogenannten „Freistaat“ — etwa nach dem Muster Danzigs — verwandelt wurde. Im September 1919 überfiel dann plötzlich d'Annunzio die Stadt, um sie für Italien zu annektieren. Nach langem Hin und Her überwies schließlich die Entente die „endgültige“ Regelung der Zukunft Fiumes den beiden rivalisierenden Mächten, die sich endlich im November 1920 dahin einigten, Fiume als unabhängigen Staat anzuerkennen. Ende Dezember 1920 zog d'Annunzio endlich ab. Allein auch dieser zu Rapallo abgeschlossene Vertrag schuf nicht ein endgültiges. Die Partei der Autonomisten wurde, obwohl in der Mehrheit, von der rührigen aktivistischen Partei hart bedrängt, und ihr Führer Jonella, der zum Präsidenten des Freistaats gewählt war, mußte vor den Aktivisten weichen und Fiume verlassen. Die ewigen Streitigkeiten waren für das Wirtschaftsleben der geplagten Stadt deshalb so verhängnisvoll, weil Jugoslawien die Eisenbahnverbindung Fiumes mit dem Hinterlande dauernd gesperrt hielt, wodurch der nunmehr völlig in der Luft hängende Handel des kleinen Stadtstaates schwer geschädigt wurde. Man sah sich schließlich zu einem Zusatzabkommen zum Rapallovertrag gezwungen, das einer gemischten Kommission die Aufgabe zuwies, die Grenzen endgültig festzusetzen und vor allem den Verkehr Fiumes mit dem serbischen Hinterland zu regeln. Dieses Abkommen von Santa Margherita, das im Oktober 1922 abgeschlossen und im folgenden Februar von Italien ratifiziert wurde, hat bisher nichts an den verworrenen Zuständen Fiumes geändert. Die Kommissionsarbeiten sind bisher ergebnislos verlaufen. In Italien beschloß man, energisch vorzugehen. Mussolini verlangte Anfang August 1923, daß bis Ende August die Arbeit der Kommission abgeschlossen sein sollte, und zwar auf Grund von italienischen Vorschlägen, die man in Belgrad als die nur schlecht verhältliche Vorbereitung zur Annexion Fiumes ansah. Belgrad machte Gegenvorschläge, die aber Mussolini am 1. September mit dem Abruch der Kommissionsarbeiten und der Abwendung eines Ultimatum beantwortete, das auf den 15. September befristet ist. Zwar sieht der Rapallovertrag ausdrücklich vor, daß bei Ergebnislosigkeit der Verhandlungen beider Staaten der Bundespräsident der Schweiz den Streit durch Schiedsrichter zu fällen habe. Allein Mussolini hatte bereits bei Stellung seines Ultimatum erklärt, er behalte sich nach dem 15. September „volle Handlungsfreiheit“ vor. Zugleich wurde dem schweizerischen Bundespräsidenten von Rom mitgeteilt, er komme als Schiedsrichter nicht in Betracht, da Italien zu großen Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz, die durch einen Schiedsrichter des schweizerischen Präsidenten vielleicht gefährdet werden könnten, lege.

So stehen zurzeit die Dinge. Man wird dieses entsetzliche Drauflosgehen Italiens in der Fiume-Frage wie in Korfu als ein Zeichen des „neuen Italien“ zu betrachten haben, dessen nationales Selbstgefühl durch den Krieg gehoben ist, das die alte verhasste Großmacht Österreich-Ungarn nicht mehr zu fürchten hat und sich in seiner Balkan- und Orient-Politik wie auch sonst erheblich freier fühlt. Weltpolitisch befindet sich Italien ohne Zweifel in bedeutendem Aufschwung. Die Erwerbung von Tripolis und der Cyrenaika vor Ausbruch des Weltkrieges bedeutete für Italien eine Epoche. In Versailles hand es neben Frankreich, England und Amerika als vierte gleichberechtigte Großmacht bei der Verteilung und Neuordnung der Welt. Im Innern hat es durch den Sieg des Fasizismus die nationalistischen Elemente in den Besitz der Staatsmaschine gebracht. Mit einer gewissen Eifersucht drängt es dazu, die neuerrichtete Stellung als Großmacht allenthalben respektiert zu sehen, selbst auf die Gefahr hin, wertvolles Vorzeigean zu beschädigen und die Friedensfreunde in der ganzen Welt ernsthaft zu beunruhigen. Durch die Besetzung Korfus — ob sie nun bald beendet wird oder nicht — und durch die Forderung um Fiume zeigt Italien, daß es seine Mittelmeerstellung energisch ausbauen will.

## Die Generalsrevolte in Spanien.

Nun ist auch Spanien von dem Fieber der Zeiten ergriffen worden. Die Ursache war zunächst die Marokko-Krise; Spanien ist des Besitzes Nord-Marokkos, den es seit der Konferenz von Algieras innehatte, bis jetzt nicht froh geworden. Unablässige Kämpfe, wobei die Aufständischen (Miskablen) durch Frankreich ermutigt worden waren, führten mehrmals zu empfindlichen Niederlagen der spanischen Truppen, 1921 und in diesem Jahre wieder. Diese Mißerfolge waren ein schwerer Schlag für das spanische Nationalbewußtsein, und man konnte nun erst recht die unproduktive Kolonie nicht preisgeben, da man sie doch gewissermaßen als Ersatz für die verlorenen kolonialen Verluste (Westindische Inseln, Philippinen, Karolinen usw.) betrachtete, die man im Gefolge des unglücklichen Seefeldzugs gegen Amerika 1898 erlitten hatte.

Heute ist Spanien, während man Portugal geradezu als englische Kolonie bezeichnen kann, aus freiem Willen auf Englands Seite; der Gegenlag zu Frankreich in der Marokkofrage erklärt dieses Verhalten, und die Ehe des Königs Alfons XIII. mit einer englischen Prinzessin befestigte die Freundschaft, aus der Spanien in den letzten beiden Jahrzehnten den Nutzen relativer Ruhe und eines gewissen Aufschwungs ziehen konnte. England wiederum braucht Spanien als Gegengewicht gegen die französischen Ansprüche auf Tanger, deren Verwirklichung die englische Stellung in Gibraltar entwerfen müßte.

Es ist auch für uns lehrreich, die spanische Geschichte zu verfolgen; sie beweist, wie schwer ein Reich, das aus einstmalig historisch getrennten Ländern zusammengewachsen ist, wieder zur Einheit zurückfindet. Heute noch steht der Nordosten Spaniens, also ungefähr das Ebrogebiet, das alte Katalonien und Aragonien, in einem scharfen Gegenlag zu dem Kernland Kastilien. Das ist sowohl Stammesgeschichtlich wie wirtschaftlich begründet. Denn an der katalonischen Küste wohnt ein romanischer Stamm, dessen Dialekt dem Provençalischen (Südfrenzösische, Langue d'oc) mindestens ebenso verwandt ist wie dem Hochspanischen, und gerade dieser nordöstliche Landesteil ist wirtschaftlich so gut entwickelt und dem durch Jahrhunderte lange Stillstände und nationalökonomische Fehler geschwächten übrigen Land so überlegen, daß er jederzeit Sonderwünsche mit Macht vertreten konnte.

Es ist daher kein Zufall, daß die Militärrevolte gerade in Barcelona, der Hauptstadt Kataloniens und der bedeutendsten spanischen Hafenstadt, ihren Ausgang nahm. Der oberste General in Katalonien, Graf d'Espella, ist der Führer und Urheber der Bewegung, der sich beziehungsweise gerade die Provinzen Katalonien und Aragonien sofort angeschlossen haben.

Die Bedeutung des Parlamentes ist in Spanien nicht sehr groß; die Gleichgültigkeit der Bevölkerung bei den Wahlen kam erst Ende April dieses Jahres wieder zum Ausdruck, als Neuwahlen stattfanden. Das spanische Wahlgesetz bestimmt, daß in Bezirken, wo nur ein Kandidat aufgestellt wird, dieser Kandidat ohne Wahl ernannt werden kann; die politische Interesslosigkeit der spanischen Bevölkerung führte bei den letzten Wahlen dazu, daß in nicht weniger als 146 Wahlbezirken eine solche Ernennung stattfinden konnte. Eine Art Fajstentstreich, nicht im Wesen, aber der Form nach, ist übrigens schon im April vor den Wahlen vorausgesetzt worden, und damals hieß es allerdings, daß Mussolini diesen Bestrebungen wohlwollend gegenüberstehe und die Errichtung einer Diktatur in Spanien propagandistisch unterstützen wolle. Die Zersplitterung der Parteien ist groß; dabei handelt es sich in erster Linie um persönliche Gegensätze. Doch auch alte dynastische Streitigkeiten wieder aufzuwachen, zeigt sich schon in dem Wiederanstehen des Karlisten Don Jaime von Bourbon. D'Espella hat allerdings Wert auf die Feststellung gelegt, daß er nichts gegen den König beabsichtige. Dieser ist demnach dem Vorbild des italienischen Königs sofort zu den Aufständischen übergetreten.

### Der spanische Diktator.

Barcelona, 17. Sept. Der Generalhauptmann Primo de Rivera hat an sämtliche Statthalter und Gouverneure Spaniens folgendes Telegramm geschickt: Seine Majestät hat mich beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. Ich beabsichtige daher, so bald als möglich, das in meinem Auftrage vom 20. September dargestellte Programm zu verwirklichen. Der Kriegszustand ist verhängt und muß unverzüglich in ganz Spanien angewandt werden. Ich bin mir bewußt, daß

ich das arbeitssame und ehrliche Spanien, wie auch die Armee hinter mir habe, um ihr Vertreter zu sein. Es lebe Spanien! Es lebe der König!

Paris, 17. Sept. Nach einer Habermeldung aus Madrid ist durch eine Verordnung der General Primo de Rivera zum Präsidenten des Militärdirektoriums ernannt worden. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium wird beibehalten. Die laufenden Angelegenheiten werden von Beamten geleitet, während die wichtigeren Geschäfte dem Präsidenten des Direktoriums vorbehalten werden. Sie bedürfen auch der Zustimmung des Königs. General Primo de Rivera erklärte dem Korrespondenten des „Matin“, er werde den früheren Außenminister Alba verhaften lassen. Falls dieser die Grenze überschreite, werde er ihn fassen. Sein Prozeß habe begonnen; er werde der Strafe nicht entgehen.

## Poincare gibt nicht nach.

Paris, 17. Sept.

Poincare hat in Versailles das Sicherungsproblem besprochen. Er erklärte u. a.: Es liegt auf der Hand, daß nichts die Deutschen in ihrem Eroberungs- und Angriffsgelüste mehr ermutigt als die Gewißheit, für die angerichteten Schäden nicht aufkommen zu brauchen, wenn die Bestrebungen, die sie anrichten, oder die die verbündeten Armeen anrichten mußten, als sie den Angreifer aus Frankreich zurückdrängten, sie nichts oder fast nichts kosten. Wenn es dem Reiche gestattet würde, seine Rüstungen wieder herzustellen und seine militärischen Streitkräfte zu reorganisieren, so würde es nicht verfehlen, eines Tages das Instrument, das es sich geschwiebelt haben wird, zu benutzen. Wir müssen daher den Vertrag unserer Wiederherstellung fordern und auch auf die Aufrechterhaltung unserer Sicherung achten. Der Vertrag von Versailles hat, indem er den Völkerbund schuf, als Prinzip aufgestellt, daß alle Nationen, die dem Bund beitreten, sich gegenseitig zur Respektierung ihrer Gebiete verpflichten. Nachdem Deutschland endlich seine eingegangenen Verpflichtungen gezahlt haben wird, stellt es ihm der Vertrag frei, um seine Ausnahme in den Völkerbund nachzukommen und, sobald es Mitglied sein wird, verbürgen Deutschland und Frankreich sich infolgedessen gegenseitig gegen einen Angriff. Ein besonderes Abkommen bezüglich der Rheingrenze würde nichts zu dem Vertrag hinzufügen. Es würde sogar den schweren Nachteil haben, den allgemeinen Pakt abzuschwächen, da es, indem es weder auf die Grenzen der Fischschiffahrt noch auf diejenige Polens Anwendung findet, Deutschland im Osten oder im Süden mehr Freiheit als im Westen zu lassen scheint. Ein Garantiepakt, der ihm auch beitreten mag, kann für keinen praktischen Wert besitzen, wenn er und nicht

im Falle eines Angriffs eine rasche und wirksame militärische Hilfe in Aussicht stellt, wenn man uns heute als Unterhandlung nur Verträge anbietet. Ein solcher wesentlicher Pakt kann nichts besagen. Dieses Angebot macht man uns übrigens nur in allgemeiner Weise. Poincare fügt wortlos hinzu: „Und wenn Sie von einem Bündel von Unterschriften beschützt werden, würden Sie dann nicht wagen, in die Klammern des linken Rheinufers vor Ablauf der von dem Vertrag festgesetzten Frist einzumarschieren?“ Man will uns also durch die Vorbiegung einer irrischen Garantie (!) um die positiven Garantien bringen (!). Man weiß, daß alle Regierungen, die in Frankreich seit 1919 einander gefolgt sind, weil Deutschland keine Klausel des Vertrags ausführte, erklärt haben, daß die Fristen für die Klammern des linken Rheinufers noch nicht zu laufen begonnen haben (!). Trotzdem verneht man, sie abzukürzen. Wenn man damit einen Erfolg hätte, würden wir gezwungen sein, vor dem vertraglich festgesetzten Zeitpunkt unsere Soldaten aus der Brustwehr zurückzuziehen, wo sie zur Verteidigung des Friedens der Welt auf Wache stehen (!). Der deutsche Militarismus könnte dann bequem neue Eroberungszüge vorbereiten. Zu diesem Ziele werden wir uns nicht hergeben. Wir bewahren die Sicherungen, die uns der Vertrag gegeben hat. Da sie nicht von ewiger Dauer sind und außerdem diejenigen, die man uns 1919 verbrach, nicht gegeben wurden, werden wir ohne Zweifel mit unseren Verbündeten zu günstiger Zeit für die Zukunft andere ermitteln. Doch begründen wir uns weder in dieser Frage, noch in derjenigen der Reparationen mit leeren Vorläufigkeiten.

### Poincares zweite Sonntagrede.

Paris, 17. Sept.

Poincare hielt bei der Enthüllung eines Denkmals in Dun (Vorbringen) eine Ansprache. Er wies auf die anachronischen Besitzverhältnisse der deutschen Armee



in Du hin und sagte hinzu: Der deutsche Adler ist wieder fortgeflogen mit blutigen Schwüngen und zertrümmerten Klauen. Wir werden ihn wieder sehen. Bleiben wir aber auf der Hut vor den Ideen, die er noch in seinem gefiederten Rumpf trägt. Als der Friede unterzeichnet war, versprochen die Verbündeten sich gegenseitig und das besiegte Deutschland selber beschworen, daß die Kriegsverbrecher nicht ungestraft bleiben sollten. Für einige Personen indessen sind diese Vorschriften heute bereits tote Buchstaben. Weil die Deutschen ihre Verpflichtungen von sich gewiesen haben und weil wir es für gut hielten, sie daran zu erinnern, überschütteten uns gewisse Leute mit Kritiken und Vorwürfen. Wenn eine Lösung ablehnen, die die Deutschen davon befreien würde, ihre Sünden zu bezahlen, steht man uns als Störenfriede an. Man tadelt unsere Ansprüche, man wirft uns unsere Unnachgiebigkeit vor. Alles, was Deutschland getan hat, um Frankreich zu ruinieren, vergißt man. Es gebe keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Völker untereinander, wenn die geschlossenen Verträge verlegt werden könnten. Weder neutralen Ausschüssen, noch internationalen Sachleuten, noch einer internationalen Trennhandkommission und auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Wirkung bekanntlich groß ist, aber nicht berührt wird, hat der Verfasser Vertrag die Aufgabe übertragen, die Sünden Deutschlands zu bemessen und die Bedingungen festzusetzen, unter denen diese Schuld bezahlt werden soll. Das ist vielmehr die Aufgabe einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt und deren Vollmachten Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, diese Kommission ihrer Macht zu entkleiden, so geschieht es zweifellos deshalb, weil man sie neuen Zuständen nicht für sehr geneigt hält. Aber diese neuen Zustände würden den uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen widersprechen und das genügt schon, daß wir von ihnen nichts wissen wollen. Wir halten Pfänder in unseren Händen und wir werden sie behalten, bis uns Genugtuung geworden ist.

### Neues vom Tage.

**Die neue Währung und das Projekt Hefferichs.**  
 Berlin, 17. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, wird die neue Dauerwährung die Goldnote auf Grund der zu schaffenden Goldnotenbank sein. Damit ist aber das Hefferich'sche Projekt nicht erledigt, vielmehr hat das Reichskabinett den Gedanken einer Zwischenslösung ins Auge gefaßt. Voraussichtlich wird deshalb für die Zeit bis zum Schluß des Centjahres eine Ausgabe von Roggenscheinen erfolgen mit der Maßgabe, daß am Ende des Centjahres diese Roggenscheine durch Geldnoten abgelöst werden, so daß dann nur noch eine doppelte Währung (Goldnote und Papiermark) vorhanden sein werde.

### Die deutsch-französischen Vorverhandlungen unterbrochen?

Paris, 17. Sept. Das „Paris Journal“ veröffentlicht eine offenbar beeinflusste Nachricht, worin es heißt, die französische Regierung kenne die Absichten der deutschen Regierung nur aus der letzten Reichstagsrede. Die Unterhaltungen zwischen dem französischen Botschafter und dem deutschen Reichskanzler bedeuten sicher eine Entspannung, aber sie hätten noch zu keinem Ergebnis geführt. Das Blatt glaubt sogar zu wissen, daß diese Unterhaltungen seit einiger Zeit unterbrochen sind oder sich auf die Behandlung laufender Geschäfte beschränken. Die Anwesenheit des Vertreters des Garantiekomitees, Daguenin, in Paris habe keinen anderen Zweck gehabt, als dieses Komitee über die allgemeine Lage Deutschlands zu unterrichten. Der Vertreter des Garantiekomitees sei niemals mit einer Sonderaufgabe betraut gewesen. „Für den Augenblick“, so fährt das Blatt fort, „scheint es, als ob die deutschen

Regierung den endgültigen Verzicht auf den Herrigen Widerstand nur unter der Bedingung ins Auge fassen kann oder will, daß sie vorher die Versicherung erhält, daß das Ruhrgebiet mehr oder weniger rasch vollkommen geräumt wird. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Auffassung in Paris für völlig unzulänglich gehalten wird.“

### Neue Feuerungsauflage für die Beamtengehälter.

Berlin, 17. Sept. Der Haushaltsausschuß des Reichstags stimmte dem Regierungsvorschlag zu, der eine Erhöhung der Feuerungsauflage für Beamte für das dritte Monatsviertel auf 190 000 Prozent festsetzt.

### Erklärung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 17. Sept. „Vorwärts“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes eine längere Erklärung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, die sich gegen die Behauptung Dr. Stresemanns richtet, daß die Löhne „vielfach über den Friedenslohn“ liegen. Der A.G.B. legt gegen diese Behauptung Bedenken ein, die nur den Unternehmern Anlaß geben kann, unter Berufung auf die Neusetzung des Reichskanzlers die Löhne zu drücken.

### Unruhen in Vörrach.

Vörrach, 17. Sept. In Vörrach und Umgebung ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die Teuerung und Verbeugung von kommunalistischer Seite, sehr erregt. Da der Arbeitgeberverband sich weigert, die unter dem Druck der Erpressung ihm am Freitag abgezwungenen Zusicherungen zu erfüllen und durch die Verbeugungen weitere Unruhen zu befürchten waren, ist heute früh Schutzpolizei einmarschiert und hat die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Arbeiterschaft, die durch aufstrebende Elemente ständig aus allen Orten der Umgebung Zuwachs erhält, die mit roten Fahnen geschmückt und mit Holzknäpeln bewaffnet erscheinen, nimmt eine immer drohendere Haltung gegen die Polizei an. Schreihäufchen mußten bereits in den Vormittagsstunden abgebrochen werden und gegen Mittag kam es bei einer versuchten Erstürmung der öffentlichen Gebäude zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem es mehrere Tote gegeben haben soll. Wie fanatisch ein Teil der Arbeiterschaft ist, geht daraus hervor, daß dieser droht, die Franzosen aus dem Elsaß holen zu wollen, wenn die Schutzpolizei nicht abzieht. Die Polizei und Gendarmerie ist ruhig und korrekt und glaubt, Herr der Lage bleiben zu können.

### Vor Unruhen in Mannheim.

Mannheim, 17. Sept. Wie die „Arbeiterzeitung“ mitteilt, soll bei der Firma Benz (Neues Werk) in Mannheim eine Betriebsratversammlung einstimmig beschlossen haben, sofort proletarische Hundertschaften zu bilden. Nach einer Mitteilung des Arbeiterrates sei von der Betriebsratversammlung der Arbeiterrat mit der Organisation der proletarischen Hundertschaften beauftragt und die Belegschaft durch Handzettel über den Aufbau informiert worden.

### Blutige Unruhen in Sorau.

Sorau, 17. Sept. Am Samstag traf ein Kommando Schupo aus Wotzbas ein, die nach einer Beschlagnahme der Gewerkschaften sehr hart bedrängt wurde. Sie mußte von der Schupo Waffe Gebrauch machen, wobei es 12 Tote und 15 Verwundete gab.

### Anderschronik.

Essen, 17. Sept. General Degoutte hat jetzt eine deutsche Goldanleihe für das Ruhrgebiet und den Brückenkopf Düsseldorf verboten. Der Betrag der Zeichnung und Einzahlung wird ohne Entschädigung beschlagnahmt.

Essen, 17. Sept. Die Franzosen nahmen im südlichen Ruhrgebiet in der Bahnhofstraße eine Bil-

lion Reichsgeld weg, die dem deutschen Besatzungsamt für Entschädigungszwecke zur Verfügung standen.

Zorimund, 17. Sept. Mehrere tausend Arbeiter versuchten in das Verwaltungsgebäude der Dortmund Union einzudringen, um Geld und Auszahlungen zu erzwingen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei 2 Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Wiesbaden, 17. Sept. Geradezu grotesk wirkt die Jagd der Franzosen nach deutschem Geld. Französische Spitzel umlauern das Reichsbankgebäude; jeder, der mit Paket oder gerundeter Affenmappe die Bank verläßt, wird zur Besatzungspolizei geschleppt und bestraft. Andere Franzosen saufen in Galoppstrümpfen einem Auto nach, um es einzuholen und nach Geld zu laubden.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. September 1923

\* **Sofort bezahlen!** Die Frankfurter Zeitung richtet folgende Mahnung, die auch wir unseren Lesern zur Verbergung empfehlen möchten, an die Geschäftswelt, an die Privatpersonen und vor allem auch an die Behörden:

Die katastrophale Geldentwertung zwingt heute den Kaufmann und Gewerbetreibenden, bei jedem Geschäftsabgang und Auftrag sofortige Bezahlung zu verlangen. Das ist eine Selbstverständlichkeit oder besser: sollte es sein. Daß es leider noch nicht so ist, beweisen in beinahe jedem größeren Betriebe die Mahn-Abteilungen, die immer mehr Klagen ansprechen und dauernd mit überauslich bezahlten Arbeitern arbeiten. Während die wirklich produktiv arbeitenden Abteilungen, wie Herstellung, Expedition usw. immer weniger zu tun haben oder gar stillliegen, sind die Buchhaltungen mit Mahnarbeiten überlastet. Jeder, der heute etwas kauft oder in Auftrag gibt, sollte daran denken, diesen Mißstand nicht zu vermehren. In erster Linie sollte man erwarten können, daß die Behörden und ganz besonders auch die Reichsstellen die eingehenden Rechnungen umgehend regulieren. Aber trotz dreimaliger und noch öfterer Mahnung gehen Zahlungen von Reichsstellen häufig erst nach mehreren Monaten ein. Den Gläubigern entstehen dadurch Verluste, die sie heute nicht mehr auf sich nehmen können. Die Reichsstellen sollten mit gutem Beispiel vorangehen, um so mehr, als auch sie, soweit sie als Gläubiger in Frage kommen, z. B. der Reichskassas, auf sofortige Bezahlung ihrer Forderungen Anspruch erheben. Mit der veralteten Einrichtung, daß Rechnungen erst sonderhoher Instanzen durchlaufen, ehe sie zur Bezahlung endlich an die Kasse gelangen, mißt, dem Gebot der Zeit gehörend, endlich ausgeräumt werden.

— **Landabgabe.** Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 19. bis 21. September 1923 einschließlich 21 800 000 M. für je eine Goldmark.

— **Der Winterfahrplan.** Der Winterfahrplan tritt in diesem Jahr bereits am 1. Oktober in Kraft. Als besondere Neuerung wird das Reichsfahrbuch für den Winterdienst die Fahrpläne der russischen Eisenbahn in ihren Hauptstrecken von Petersburg nach Moskau, im Osten bis Wladivostok, im Süden bis Kiew und Odessa.

— **Erhöhung der Personengebühren bei den Pferdewagen.** Wegen der weiteren bedeutenden Steigerung der Betriebskosten wird das Personengebühr bei Personewagen mit Pferdebetrieb und Karriehöfen vom 18. September ab von 45 000 auf 150 000 M. für das Kilometer erhöht. Der Mindestfahrpreis für eine Person beträgt 300 000 M.

### Leserbrief.

Das Herz höflich, den Mut recht ehlich,  
 Die Rede sachtig, die Taten richtig,  
 Auf Gott vertrauen und auf ihn bauen  
 Das sind Waffen, die Frieden schaffen.

## Heimgefunden.

Novelle von Maria Harling.

(22)

(Rochweid verboten.)

Im traulichen Wohnzimmer des Schulhauses sitzen Frau Gehring und Ulfriede allein zusammen. Die Fenster sind weit geöffnet, trauliches Halb Dunkel herrscht im Zimmer, man hat sich noch nicht entschließen können, Licht anzuzünden. Ulfriede sitzt am geöffneten Klavier, doch ihre Hände ruhen mühsam auf den Tasten. Sie hat das kleine, blaue Antlitz der Mutter zugekehrt, die am Fenster sitzt, nach der Straßenseite zu, das andere mündet auf den Garten.

Das heitere Scherzen und Lachen der jungen Mädchen und Burtschen, die wie allabendlich unter der Dorflinde zusammenhängen, dringt bis in das stille Gemach.

Zwischenstiegen ein paar verspätete Schwalben den Rest zu. Betäubender Fliederduft strömt aus dem Garten herein und mischt sich mit dem süßen Duft der Linde.

Vom Fenster her ertönt ein tiefer Seufzer.  
 „Wenn ich nur wüßte, wo Heinz ist, Ulf, die Sehnsucht nach ihm tut mir fast körperlich weh.“

„Ach Mutti, gib Dich doch zufrieden, Du sollst sehen, ich werde ihn finden, ich habe die feste Hoffnung.“

„Wenn Deine Hoffnung Dich nur nicht trügt. Die Welt ist groß, wie willst Du es denn machen, ihn aufzufinden?“

„Wie ich es machen will, weiß ich noch nicht. Mut-

tichen, es gibt ja auch noch gescheiterte Leute auf der Welt, als Du und ich. Bin ich erst bei Geheimrats, werde ich schon Menschen kennen lernen, die mir helfen können.“

„Ach, Kind, die Jugend ist so optimistisch, im Alter wird man verzagter. Gott bewahre Dir Deine unverzagte Hoffnung, Deine Liebe zu Hei, wird Dir ja auch helfen.“

„Still, Mutti, nicht daran rühren! Ich erhoffe nichts für mich. Nicht im selbstsüchtigen Interesse will ich Heinz suchen, ich weiß ja, daß er Liesel liebt, daß er an dieser Liebe zu Grunde gegangen, wie kann ich da erwarten, daß sein Herz noch Raum für eine andere Liebe hat.“

„Ja, Kind!“ sagt Frau Gehring bitter, „dem glänzenden Schmetterling sind alle nachgezogen und an meiner reinen, stolzen Blüte gehen die Männer achlos vorüber.“

„Nicht bitter werden, Muttichen, ich bin ja so froh, daß ich so lange bei Dir bleiben konnte. Ich bin den Menschen zu still und ernst, die meisten wollen heiteren, lebensfrohen Sinn, und sie haben ja auch recht. Vielleicht wenn alles anders gekommen, wäre auch ich eine Andere, aber wir wollen nicht grübeln, Mutti, es ist gut so wie es ist. Komm, ich singe Dir ein Lied, das bringt Dich auf andere Gedanken. Laß mich Dir Heinz Lieblingslied singen, Liesel hat's ihm ja früher oft gesungen; weißt Du, damals war ich manchmal eifersüchtig, wenn er Liesels Stimme und ihr Spiel lobte, obgleich es gar nicht so bedeutend war. Für mich hatte er dann kein Wort, und doch hatte ich mir soviel Mühe gegeben, auch einmal ein Lob von ihm zu erlangen. Jetzt wollte ich gerne zufrieden sein und auf alles Lob verzichten, wenn ich Heinz nur wiederfände.“

Vom dem Fenster an der Gartenseite ertönt ein leiser, verhallender Seufzer. Ein Mann steht dort über die niedere Brüstung gebeugt, sein starrs, glasiges Auge sucht das letzte Dämmerlicht zu durchdringen. Bei den letzten Worten Ulfriedens ist er seufzend in die Knie gesunken, schwer schlug sein Kopf auf die Fensterbrüstung.

Die Frauen haben den Seufzer nicht vernommen, denn eben schlug Ulfriede die ersten Akkorde des Liedes an, nur Frau Gehring glaubt ein Geräusch gehört zu haben, unruhig blickt sie zum Fenster hin, doch bei der schon herrschenden Dunkelheit vermag sie den tiefgestimmten Kopf des Mannes nicht zu sehen.

Modervin kommen die ersten Töne des Liedes über Ulfriedens Lippen, andächtig lauscht die Mutter, selbst die ausgelassene Jugend unter dem Lindenbaum stellt ihr Scherzen und Lachen ein, alle lauschen der wunderlichen Stimme. Nur ein Volkslied ist es, aber in seiner schlichten Innigkeit wird es von Ulfriedens tiefem Gemüt erfaßt und mit der ganzen Wärme ihres so überaus feinen Empfindens zum Ausdruck gebracht.

Der Mann am Fenster weint still vor sich hin. Ach wie ihn diese Worte an vergangene Zeiten gemahnen!

Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit  
 Klingt ein Lied mir immerdar,  
 Ach wie liegt so weit  
 Was mein einst war.

Was die Schwalbe singt  
 Die den Herbst und Frühling bringt,  
 Ob das Dorf hinauf,  
 Das jetzt noch klingt?

Als ich Abschied nahm  
 War die Welt mir voll so sehr,  
 Als ich wiederkam,  
 War alles leer.

Wohl die Schwalbe kehrt  
 Und der leere Kasten schnoll,  
 Ist das Herz geleert  
 Wird's nie mehr voll.

Keine Schwalbe bringt  
 Dir zurück wonach du weinst,  
 Doch die Schwalbe singt  
 Im Dorf wie einst.

(Fortsetzung folgt)

Die neuen Lohnsteuerverminderungen, die Sachverhalte. Mit Wirkung vom heutigen Tage werden die seit 1. d. M. in Kraft befindlichen neuen Lohnsteuerverminderungen abermals geändert und zwar erfolgt eine Verdoppelung dieser Sätze. Bei jeder nach dem 15. d. M. erfolgenden Lohnzahlung dürfen danach von dem Betrag der 10prozentigen Steuer in Abzug gebracht werden bei wöchentlicher Zahlung: 1. für den Arbeitnehmer und seine Ehefrau je 172 800 M., 2. für jedes minderjährige Kind bzw. jedem zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen 1152 000 M., 3. für Verbundlohn 1 440 000 M. Bei monatlichem Steuerabzug betragen die Abzüge von der Steuer zu Biff. 1: 720 000, Biff. 2: 4800 000, Biff. 3: 5 000 000 M. Gleichzeitig mit der Verdoppelung der Höhe von der Steuer erfolgt auch die Verdoppelung des Wertes der Sachverhalte. Im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart (Württemberg und Hohenzollern) sind beantragt in Tausenden pro Tag, Woche oder Monat: für Lehrling, Lehrlingssohn, weibl. Hausangestellte, Mägde und sonstige gering bezahlte weibliche Hilfskräfte a) die volle freie Station (Beschäftigung einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 960 28 000, b) die freie Beschäftigung (ohne Wohnung) 800—24 000; für männliche Hausangestellte, Knechte, männl. und weibl. Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen a) die volle freie Station 1280 bis 38 400, b) die freie Beschäftigung 1070—32 000; für Angestellte höherer Ordnung z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Verwalter, Aufsichtsführer: a) die volle freie Station 1600—48 000, b) die freie Beschäftigung 1330—40 000.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung sind nach einer Bekanntmachung des württ. Arbeitsministeriums wie folgt erhöht worden: Für männliche Personen über 21 Jahren, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, in Ortlasse A (in Tausendern) 7500, B 7000, C 6500, D und E 6000, sofern sie im Haushalt eines andern leben A 6000, B 5500, C 5200, D und E 4800; unter 21 Jahren A 4500, B 4200, C 3900, D und E 3600. Für weibliche Personen, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben A 6000, B 5600, C 5200, D und E 4800, sofern sie im Haushalt eines andern leben A 5000, B 4650, C 4300, D und E 3950; unter 21 Jahren A 3500, B 3250, C 3000, D und E 2750. Die Familiensätze betragen für den Ehegatten in A 2750, B 2550, C 2350, D und E 2150; für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige in A 2250, B 2100, C 1950 D und E 1800 M.

Neutlingen, 17. Sept. (Kommunistische Kämpfe.) Am Samstag kam es zwischen der Bismarckjugend und den Jugend-Kommunisten zu Zusammenstößen. Als die Bismarckjugend in geschlossenem Zug vom Bahnhofplatz zur Bundeshalle marschieren wollte, wurde sie unterwegs von den Jung-Kommunisten belästigt und schließlich kam es zu einer wüsten Schlägerei, bei der mit Steinen zugeschlagen, aber auch Stichwaffen benutzt wurden. 3 Mitglieder der Bismarckjugend erlitten Stichverletzungen.

Stuttgart, 17. Sept. (Brand.) In Färnwangen ist das von 4 Familien bewohnte große Wohn- und Geschäftshaus der Webfabrik Hess und König vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist sehr groß.

Köln, 17. Sept. (Rücktritt.) Stadtschultheiß Schäfer hat aus gesundheitlichen Rücksichten um seine Beriefung in den Ruhestand nachgehakt.

Stuttgart, 17. Sept. (Todesfall.) Der frühere Rektor des Stlinger Lehrerseminars und frühere nat.-lib. Reichstagsabg. des 5. württ. Wahlkreises Albert Regel ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er hat sich als Schulmann wie als Politiker Verdienste erworben, die seiner charaktervollen Persönlichkeit ein dankbares Andenken sichern.

Reffezug. Zur Frankfurter Herbstmesse verkehrt, bei genügender Beteiligung, am nächsten Sonntag ein Gesellschaftsverband zu ermäßigten Fahrpreisen 2. und 3. Kl.: Stuttgart ab 8.05 Bm., Frankfurt an 12.49 Bm.

Gefellingen, 17. Sept. (Brand.) In der Nacht zum Samstag brach in dem Hause des Fleischers Braun Feuer aus, dem der Dachstuhl mit einigen Familienwohnungen zum Opfer fiel.

Gfelingen, 17. Sept. (Hoher Geschäftsanteil.) Infolge der Geldentwertung hat der Konsumverein die Geschäftsanteile auf 30 Mill. M. erhöht.

Waiblingen, 17. Sept. (Totgefahren.) Der 15-jährige Sohn des Karl Koll geriet unter den Kraftwagen eines Badnanger Fabrikanten und war sofort tot.

Kalen, 17. Sept. (Todesfall.) Im Alter von 54 Jahren ist der frühere Direktor der Ostertagwerke A. G., Friedrich Ostertag gestorben. Er war vor Gründung der Aktiengesellschaft Alleinbesitzer des Werkes und hatte dasselbe 1891 von seinem Vater übernommen.

Kottenburg, 17. Sept. (Stadtschultheißenwahl.) Bei der Stadtschultheißenwahl wurde ammann Schneider, ein Kottenburger Bürger, mit großer Mehrheit gewählt. Es erhielten Amtmann Schneider 3512, Dr. Gelle 989 und Rechtsanwält Schneider 244 Stimmen.

Ulm, 17. Sept. (Ehru.) Stadtpfarrer Kemmele hier wurde zum päpstlichen Ehrenkammerer mit dem Titel Monsignore ernannt.

Friedrichshafen, 17. Sept. (Keine Umtaufe.) In der Angelegenheit der Namens- und Wappenänderung der drei württ. Bodenseedampfer ist jetzt eine Verfügung ergangen, derzufolge zunächst weitere Schritte nicht unternommen werden.

**Hauptversammlung der württ. Landwirtschaftskammer.**  
Stuttgart, 17. Sept. Die Landwirtschaftskammer hielt im Sitzungssaal der früheren I. Kammer eine außerordentliche (9.) Hauptversammlung, in deren Mittelpunkt die Stellungnahme zu verschiedenen Steuerfragen stand. In seiner Eröffnungsansprache wies Präsident Adorno auf den Ernst der Lage und die Unübersicht der Lage hin.

Keiner wollte den anderen mehr bestehen und in dem Kampf aller gegen alle sei für viele die Landwirtschaft der Südenbod. Umso mehr hätten, namentlich angesichts der verhältnismäßig günstigen Getreideernte alle rechtlich denkenden Landwirte die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelversorgung der Städte nicht ins Stocken gerate. Gegenüber dem immer allgemeiner werdenden Geschrei nach Erlassung der Sachverhalte mühe aber die Landwirtschaft ihren Mann stellen.

Der stellv. Erwerbsminister Staatsrat Rau fährt dann in einer Ansprache u. a. aus: Die schwerwiegendste Sorge, die wir jetzt haben, ist die Frage der Ernährung. Sowohl die Getreide- wie die Kartoffelernte müßten in kürzester Zeit dem Markt zugeführt werden. Wenn es so weit kommen würde, daß die Nahrungsvorsorgung unterbrochen würde, so würden damit die öffentliche Ordnung und das Staatsleben auseinander fallen. Wir wissen wohl, daß Schwierigkeiten da sind, welche der sofortigen Ablieferung von Getreide und Kartoffeln entgegenstehen. Aber es sind Maßnahmen geschaffen oder geplant, die dem Landwirt eine wertbeständige Anlage seines Geldes ermöglichen. Von der Papiermark können wir uns unter den heutigen Verhältnissen noch nicht trennen. Die enge Verbindung, die früher zwischen der württ. Landwirtschaft und der Regierung bestanden hat, ist auch jetzt noch nicht unterbrochen und, so schloß Staatsrat Rau, ich werde dafür sorgen, daß alle Belange der Landwirtschaft im Rahmen der Staatsgrenzen ihre Betriedigung finden.

Nach Eintritt in die Tag-Sitzung beauftragte Direktor Straßel namens des Vorstandes die Anfassung der Landwirtschaftskammer-Umlage an die Geldentwertung und zwar in Anlehnung an die staatliche Regelung. Es wurde beschlossen, daß die Umlage für das Rechnungsjahr 1923/24 erst am Ende des Rechnungsjahres endgültig festgelegt werden soll. Bis zum 30. September soll eine Vorumlage erhoben werden in Höhe von 40 M. auf 100 M. Steuerlokal. Vom 1. Oktober ab soll dann der Vorstand der Landwirtschaftskammer ermächtigt sein, den Umlage-Satz für die Vorumlage niedriger festzusetzen. Die Wirkung der neuen Umlage-Vorschläge wurde von Direktor Straßel dadurch illustriert, daß nur ein Pfund Weizen auf 8 Hektar notwendig sein wird, um die Umlage zu decken.

Nachdem anstelle des durch seinen Eintritt in die Forstdirektion aus der Landwirtschaftskammer ausscheidenden Oberforstins Dr. Köhler Forstmeister Bissler in Hall in die Landwirtschaftskammer gewählt worden war, sprachen Landesökonomierat Baglen als Berichtserstatter und Ökonomierat Vogt-Woßner über die im Vordergrund stehenden Steuerfragen. Es wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Die Landwirtschaftskammer anerkennt die Notwendigkeit, in der Finanznot des Vaterlandes Opfer zu bringen. Sie protestiert aber auf das Entschiedenste gegen die ungerechten, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnerei gänzlich außer Acht lassenden neuesten Steuererlasse und ersucht I. die Landesregierung, bei der Reichsregierung folgendes zu veranlassen: 1) Die Belastung der einzelnen Berufsgruppen ist bei der Betriebschwere derart ungleich (Landwirtschaft 216 Millionen, Industrie 60 Millionen Goldmark), daß eine Umverteilung sofort vorgenommen werden muß; 2) Die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen, vor allem der kleinen Weingärtner, Gärtner und Kleinbauern, ist in keiner Weise berücksichtigt, es muß hier sofort Wandel geschaffen werden; 3) Die Zahlungsstermine sind in so kurzen Zeitabschnitten festgesetzt, daß die erforderlichen, ungeheuren hohen Steuerbeträge unmöglich aufgebracht werden können. Die Durchführung des Steuererlasses wirkt durch den hohen Steuerzins und durch die unerhört hohen Zuschläge noch rücksichtsloser; 4) Die unerschöpflichen Härten und Ungerechtigkeiten müssen wenigstens dadurch gemildert werden, daß den Steuerbehörden das Recht der Stundung und der Gewährung von Steuernachlässen und Zuschlagbefreiung weitgehendst eingeräumt wird. Die Berechnung der Steuern kann bei den verwickelten, selbst dem Fachmann nicht durchweg klaren Bestimmungen dem Steuerpflichtigen unmöglich zugemutet werden, weshalb wieder zu der altbewährten Form der Steuerberechnung durch die Steuerbehörden zurückzukehren ist. Allerdings ist dann, um nicht die Zahl der Beamten noch stärker zu vermehren, aber auch um den Steuerpflichtigen einen Lieberblick über die Steuern zu verschaffen, eine Vereinfachung des ganzen Steuersystems unbedingt erforderlich; 5) Bei einer Neuordnung der Steuern ist den Ländern und Gemeinden wieder die finanzielle Selbstständigkeit zurückzugeben.“

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Zenerungsarbeiten in Deutchen können als beendet gelten. Sie waren hauptsächlich von jugendlichen Elementen, unter denen sich eine größere Anzahl in Deutchen arbeitender Leute aus dem polnischen Oberschlesien befand, veranlaßt worden. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei hat es vier Tote gegeben.

Eine 10-jährige Enkelin des Bankhauses Mendelson. Das Bankhaus Mendelson u. Co. hat dem Oberbürgermeister Böß in Berlin für die Prozedur der Kohlenhilfe den Betrag von 25 Millionen M. in wertbeständiger Form zur Verfügung gestellt.

Trotz die neuen Steuern in den Tod getrieben. Der Bauer und Händler Ellinger von Bittersham bei Oberkirchen (Baden) hat sich auf der Straße unter ein Lastauto gekürrt, wobei er getötet wurde. Ellinger sollen die letzten Steuern tiefsinnig gemacht haben. Einem L. kannten gegenüber äußerte er vor der Tat, ihn doch zu erschließen, es gebe für ihn sonst keine andere Rettung. Als ein Lastauto vorüberfuhr, warf er sich unter die Räder. Ellinger ist Vater von 12 Kindern.

Kraftwagen in Hamburg. In Hamburg ein großer Teil von Kraftwagenbesitzern die Rhein- und Ruhrabgabe an die Steuerstellen nicht entrichtet hatte, wurden in verschiedenen verkehrsreichen Gegenden der Stadt die Kraftwagen von einem großen Polizeiaufgebot festgehalten. In 89 Fällen wurde festgestellt, daß die Kraftwagenbesitzer ihrer Abgabepflicht nicht nachgekommen waren.

Japan. Die japanische Unterrichtsministerium hat, wie der „Rebeler Bote“ berichtet, verfügt, daß das weitere Verbleiben verheirateter Schulkinder in der Schule der jedesmaligen Entscheidung des Ministeriums unterliegt, das zuvor ein Gutachten der Lehrerschaft der betreffenden Schule einholt.

Die Opfer in Japan. Nach offiziellen Nachrichten aus Tokio beläuft sich die Zahl der Toten auf mehr als 60 000. An Vermissten zählt man 600 000. Die Zahl der Opfer in Yokohama wird auf 110 000 geschätzt.

Mehr Frauen als Männer in Oesterreich. Die Volkszählung vom 7. März 1923 ergab, wie dem eben erschienenen Heft der vom Bundesamt für Statistik herausgegebenen „Statistischen Nachrichten“ zu entnehmen ist, bei einer Gesamtbevölkerung von 6 526 661 Bewohnern der Republik Oesterreich 3 382 368 weibliche und nur 3 144 003 männliche Personen. Die weibliche Bevölkerung ist damit wieder über den Stand von 1910 gestiegen, während die männliche infolge der unumkehrbaren und mittelbaren Auswirkungen des Krieges noch um 141 255 zurücksteht. Der Ueberschuß der weiblichen Bevölkerung beträgt im Durchschnitt 78 auf 1000 der männlichen Bevölkerung, das ist zwar noch immer um 53 mehr als Ende 1910, aber doch schon weniger als 1920.

Studienreise Dr. Birth nach Rußland. Eine Berliner Korrespondenz meldet: Der frühere Reichskanzler Dr. Birth hat sich zu Studienzwecken nach Sowjetrußland begeben. Er ist über Riga nach Moskau abgereist. — Wie erinnert, war Dr. Birth kürzlich auf Reisen in Italien.

### Die „forstliche“ Tätigkeit der Franzosen.

Die „forstliche“ Tätigkeit der Franzosen im besetzten Gebiet richtet Schäden an, deren Ausmaß wesentlich größer ist, als man zu Beginn der Besetzung befürchten konnte. In dem Fachorgan „Der Holzmarkt“ finden wir hierzu folgende geradezu erschütternden Einzelheiten:

Die Franzosen haufen in den Forsten des besetzten Gebietes ungläublich. Im Hunsrück, Bezirk Trier, fällen sie in der Oberförsterei Thronellen grundsätzlich nur die schönsten Stämme, ohne Rücksicht auf irgendwelche Waldpflege und forstliche Grundsätze. Dort stehen im Schutzbezirk Denselbach 150 Jahre alte Weistannen in großer Zahl, die in jahrzehntelanger Pflege aufgezogen wurden, um jeweils den Bedarf ganz besonderer Starkhölzer decken zu können. Was das für Stämme sind, sieht man am besten aus den Abmessungen, die durchweg 24—29 Meter lang bei einem Mitteldurchmesser bis 60 Zentimeter und einem Kubikinhalt je Stüd bis zu 7 Festmeter sind. Zwei Drittel der Länge ist astrein, kerngerade, gesund, ohne Knoten, also durchweg wunderbares Material, wie es selten wo in Europa angetroffen wird. Diese Hunderte von Stämmen werden von den Franzosen weggeschlagen. Man hat Fuhrlente aus Luxemburg und Frankreich samt Arbeiterkolonnen und Lastautos kommen lassen und schleppt die Stämme ab. Aus solchem Vorgehen könnte man vielleicht schließen, daß die Franzosen keine Hoffnung hegen, dauernd im linksrheinischen Gebiet zu bleiben, denn sonst würden sie ihren eigenen Zukunftssitz nicht derart verwüsten. Aber auch das wäre ein Trugschluss, denn Frankreich ist noch nie ein Hezer und Pfleger gewesen. Es hat nach jedem erfolgreichen Kriege den Landverwüster gespielt, hat auch vor den Befreiungskriegen das linksrheinische Gebiet forstlich zerstört. Aber wenn diese französische „Forstpflege“ noch ein paar Jahre weitergeht wie bisher, dann ist der linksrheinische Wald wiederum auf 100 Jahre vernichtet, das ganze Land klimatisch dazu. (Man braucht nur an die Eiszeit zu denken, wo die Schäden der früheren Bewaldung vor 100 Jahren noch heute nachwirken.) Auch sonst hat Frankreich in allen linksrheinischen Forsten bis jetzt schon furchtbar gehaust. Allein im Seemwalde sind schon über 300 Morgen besser Fichtenbestände abgetrieben worden.

### Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin	131 869 000 G.	132 530 500 P.
Frankfurt	155 610 000 G.	156 390 000 P.
Antische Berliner Zeviseurkurse vom Montag.		
Amsterdam	51 870 000 G.	52 013 000 Br.
Brüssel	6 284 250 G.	6 315 750 Br.
Christiania	21 147 000 G.	21 263 000 Br.
Kopenhagen	23 740 500 G.	23 859 500 Br.
Stockholm	35 112 000 G.	35 288 000 Br.
Schwetz	23 551 000 G.	23 569 000 Br.
Italien	5 785 500 G.	5 814 500 Br.
Paris	7 581 500 G.	7 619 500 Br.
Spanien	17 755 500 G.	17 844 500 Br.
London	595 500 000 G.	601 500 000 Br.
Deutsch-Oesterreich	187 530 G.	188 470 Br.
Bog	3 990 000 G.	4 010 000 Br.
Buenos Aires	42 892 500 G.	43 107 500 Br.

### Wirtschaftszahlen vom Montag:

1 Goldmark =	31 476 185 (21 523 800) Papiermark.
Reichsbankdiskont 90 Prozent.	
Reichsbanklombard (wertbeständig) 10 Proz.	
Goldfranken 290 Mill.	
Goldkollauspreis 1 389 995 900 v. G.	
Silberkaufpreis 5 500 000 000.	
Personenverkehrsindex 9 000 000.	
Güterverkehrsindex 18 000 000.	



## Letzte Nachrichten.

**Silberaufkaufpreis.** Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 17. September ab bis auf weiteres zum 5500 000fachen Betrag des Nennwertes statt.

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-, Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist auf 14 Millionen Mk. erhöht worden.

**90 Prozent Reichsbaukont.** Die Reichsbank hat den Wechselkont auf 90 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 110 Prozent festgesetzt. Der Zinsfuß der Darlehensklassen beträgt allgemein: 1. für Darlehen ohne Entwertungsklausel jährlich 108 Prozent; 2. für Darlehen mit Entwertungsklausel jährlich 10 Prozent. Die bisher gewährte Ermäßigung der Zinsfüße für sogenannte Vorkursdarlehen fällt künftig fort.

**Goldzollaufgeld.** Für die Zeit vom 19. bis 21. September 1923 einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 2 179 999 900 Prozent.

**Stuttgarter Börse, 17. Sept.** Das erneute Anziehen des Dollars brachte auch zu Wochenbeginn eine große Festigkeit in den Effektenverkehr. In dem amtlichen Verkehr war zwar eine gewisse Zurückhaltung, welche wohl Kapitalnot zur Ursache haben dürfte, unverkennbar. Es konnte dies zwar nicht verhindern, daß wiederum eine Reihe von Kursverdoppelungen stattfanden. Niedriger waren nur von den Brauereieraktien Ravensburg bei - 5 und Knopffabrik Schorndorf ebenfalls bei - 5. Außerordentlich begehrt waren Stuttgarter Zucker bei + 130, Union + 30, Röh-Rotweiler waren bei 400 rat. Geld. Außerordentlich fest war der Freiverkehr, wo keinerlei Zurückhaltung zu bemerken war.

**Landesproduktionsbörse Stuttgart, 17. Sept.** Die Entwertung der Mark ist in der abgelassenen Woche in katastrophaler Weise fortgeschritten und damit sind auch die Preise sämtlicher Getreidearten in die Höhe gegangen. Das Geschäft bleibt aber sehr klein. Verkäufer und Käufer beobachten größte Zurückhaltung, da auch die Beschaffung der erforderlichen großen Kapitalien fast ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist. Die Preise sind nominal. Es notieren 100 Kilo gesunde, trockene Ware ab wärrt. Stationen, alles in gerste 320-360, Roggen, wärrt. 320-350, Haber, Weizen, neue Ernte 400-420, Sommerernte 300-320, neuer Reys 600-640, Weizenmehl Nr. 0 mit Zuf. von Auslandsgetreide 850-950, Brotmehl mit Zuf. von Auslandsgetreide 700-750, Mele 160-180, Wieschen, neuer Ernte 40-60, Kleben 50-70, Stroh, drahtgebrest 60-70. Die Donnerstagsbörse findet erstmals am 27. September statt.

### Wetter.

Die Störungen in unserem Gebiet gleichen sich allmählich aus, da von Westen her hoher Druck sich nähert. Bei abnehmender Bewölkung steht daher für Mittwoch Aufbesserung ohne wesentliche Niederschläge und mäßig warme Temperatur bevor.

### Die Deutsche Volkspartei und Reichskanzler Stresemann.

**WZB. Berlin, 18. Sept.** Wie die Blätter melden, beschloß sich der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei am Sonnabend mit der politischen Lage. Nach dem Vorführen der Reichstagsfraktion, Reichsministers a. D. Dr. Scholz, sprach Reichskanzler Dr. Stresemann über die innen- und außenpolitische Lage des Reiches. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei spricht dem Reichskanzler Dr. Stresemann seinen Dank aus für die Opferwilligkeit u. die Energie, mit der er die Leitung der Geschäfte des Reiches übernommen hat. Wir stehen geschlossen hinter der Politik Dr. Stresemanns und bringen ihm auf Grund seiner heutigen Ausführungen, seiner vierjährigen Zusammenarbeit mit uns und seiner bewährten Führung der Partei unser unumgängliches Vertrauen entgegen.

### Ein Ausschuß der Reichsbeamten mit dem Reichsministerium wegen den Gehaltszahlungen.

**WZB. Berlin, 17. Sept.** Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ ist zwischen dem Reichsministerium und den Reichsbeamten ein Konflikt über die Frage der künftigen Modalitäten der Gehaltszahlung ausgebrochen. Der Reichsfinanzminister habe am Sonnabend den Beamtenvertretern erklärt, daß er wöchentliche Gehaltszahlungen einführen wolle. Es würde eine Vereinfachung in dem sehr komplizierten Rechnungswesen eintreten, wenn die Summen für die Arbeit und die Beamten gleichzeitig ausgezahlt werden könnten. Die Beamtenvertreter lehnten jedoch diesen Vorschlag einstimmig ab. Auch als vom Reichsfinanzministerium erklärt wurde, daß durch die Wochenzahlungen die Beamten vor der Geldentwertung besser geschützt seien, erwiderten die Beamtenvertreter, daß dieser Grund nicht stichhaltig genug sei für eine solche umwälzende Veränderung.

### Umrufen.

**WZB. Bressan, 18. Sept.** Nach der neuesten Meldung drängen demonstrierende Arbeiter aus dem bei Bressan gelegenen Fabriorten in die Stadt ein. Ein Trupp solcher Demonstranten hat sich vorübergehend des Oberamts von Schoppeim, sowie einiger Schöppeimer Fabrikanten bemächtigt. Lichter wurden dabei nicht unerheblich verzehrt.

### Vom besetzten Gebiet.

**WZB. Berlin, 18. Sept.** Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, hat die Stadt Selskirchen von der Besatzungsbehörde einen noch heute einzulösenden, auf 70 Millionen lautenden Requisitionsbefehl zugestellt erhalten, dem eine Begründung nicht beilag. Die Stadtoverwaltung hat die Zahlung abgelehnt.

Auf der Insel „Concordia“ wurden bei der Hauptkassette durch die Eindringstruppen 400 Milliarden Mark Lohn-gelder weggenommen worden.

Am 16. September besetzten die Franzosen das Eisen-trägerlager des Eisenwerkes H&H-Dortmund.

In Westhofen nahmen die Franzosen in einem Kolonial-warenhandlung für 3 Milliarden Mk. Lebensmittel weg.

Die Franzosen besetzten neu die Bahnhöfe Berns, und Preußen mit den dazu gehörenden Zügen „Garifman“ und „Preußen“. Das Personal der Bahnhöfe wurde vertrieben.

**WZB. Amsterdam, 18. Sept.** Den Blättern zufolge setzte sich gestern eine Anzahl Güterwagen auf der demischen Grenzstation Kalkenkirchen in Bewegung und fuhr die abschüssige Bahnhänge nach der holländischen Grenzstation Venlo hinunter. Etwa 25 Güterwagen wurden teils zerstört, teils beschädigt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die belg. Besatzungsbehörde hat eine Untersuchung über die Ursache des Unfalles eingeleitet.

**WZB. Essen, 18. Sept.** Auf der Insel „Prosper II“ der Rheinischen Stahlwerke in Bottrop besetzt am Sonnabend der Kohlenhauer Doyle eine Bergschafungsversammlung ein, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Bergschafung gegebenfalls für die Begleitung der Kohlen aufnehmen wolle. Der Bergschafung bemächtigte sich beiden Ausführenden Doyle eine solche Bewegung, daß man ihn verprügelte. Die Bergschafung konnte ihn nur mit Mühe vor des erbitterten Arbeiterhaufes schützen.

**WZB. Düsseldorf, 17. Sept.** Französisches Kriminal-beamte erschienen gestern auf dem Arbeitsamt und nahmen eine Reihe von Akten fort. Dann begaben sie sich ins Kaufgewerbe-Museum, wies das dort weilende Publikum hinaus und entwendeten auch hier die Akten, Kartotheken und Stempel der Gewerkschaftsämter. Der Zweck der Beschlagnahme soll sein, festzustellen, inwieweit die Gewerkschaften aus Mitteln der Ruhrhilfe befristet sind. Bald darauf erschienen die Franzosen auch in der Stadtkammer wo ebenfalls Akten der Ruhrhilfe vermutet wurden und be-langlose Aktenstücke mitgenommen wurden. Schließlich nahmen sie auf der Stadthauptkasse 700 Millionen Mark fort.

### Ein Spionageflugzeug.

**WZB. Berlin, 18. Sept.** Nach einer Meldung der sächsischen Presse ist am Sonnabend ein sächsisches Militärflugzeug bei Weiden gelandet. Ein Insasse wurde verhaftet, während die beiden anderen entkamen. Das Flugzeug hatte einen Propellerbruch erlitten. Offenbar sind, wie es in der Blättermeldung heißt, von dem Flugzeug aus photographische Aufnahmen des Eisenbahnnotenpanties Weiden gemacht worden.

### Italienische Alpenjäger auf österreichischem Gebiet.

**WZB. Wien, 18. Sept.** Der „Reichspost“ zufolge ist gestern eine von einer Abteilung auf dem Brenner zurückkehrende Abteilung italienischer Alpenjäger durch österreichisches Gebiet marschiert.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Kunt.

Druck an: Bal. der G. Meier'schen Buchdruckerei Kittenberg.

## Bekanntmachung

**betr. die vom 16. Sept. 1923 ab gültigen Ermäßigungsbeiträge und Bewertungssätze für Sachbezüge beim Steuerabzug v. Arbeitslohn.**

Vom 16. September 1923 ab gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn je nach dessen Zahlung für volle Monate, volle Wochen, volle Arbeitstage oder kürzere Zeiträume folgende Ermäßigungsbeiträge:

	monat-lich	wöchent-lich	täglich	für je 2 angefangene oder volle Arbeits-tunden
a) für den Steuerpflichtigen selbst:	720 000	172 800	28 800	7 200
b) für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau:	720 000	172 800	28 800	7 200
c) für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind i. S. des § 17 Abs. 2 E. St. G.:	4 800 000	1 152 000	192 000	48 000
d) zur Abgeltung des nach § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 zulässigen Abzuges:	6 000 000	1 440 000	240 000	60 000

Die neuen Ermäßigungsbeiträge sind anzuwenden bei jeder nach dem 15. September 1923 erfolgenden Zahlung eines nach dem 15. September 1923 fälligen Arbeitslohns.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden ab 16. September 1923 im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart (Württemberg und Hohenzollern) veranschlagt:

auf den auf die auf den Tag M. Woche M. Monat M. in Tausendern.

- für Beihilfen, Lehrlinge, weibliche Hausangestellte, Wärdin und sonstige gering bezahlte weibliche Dienstkräfte
  - die volle freie Station (Befristung einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung) . . . . . 960 6 720 28 800
  - die freie Befristung (ohne Wohnung) . . . . . 800 5 600 24 000
- für männliche Hausangestellte, Knechte, männl. und weibl. Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angehörtenversicherung unterliegen
  - die volle freie Station . . . . . 1 280 8 960 38 400
  - die freie Befristung . . . . . 1 070 7 490 31 000
- für Angestellte höherer Ordnung z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsspektoren
  - die volle freie Station . . . . . 1 600 11 200 48 000
  - die freie Befristung . . . . . 1 330 9 320 40 000

Der Wert einzelner Teile der Befristung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt veranschlagt.

Kittenberg, den 17. September 1923.

Finanzamt: Regierungsrat Sauerich.

## Familien-Kalender für 1924

sind vorrätig in der  
**W. Rieker'schen**  
Buchhandlung.

### Briefordner

und  
**Schnellhefter**  
sowie  
**Durchschlagpapier**  
**Schreibmaschinen** „  
**Kohlenpapier**

hat stets auf Lager  
die  
**W. Rieker'sche Buchhdlg.**  
Kittenberg.

Kittenberg.  
Für einen kräftigen, wohl-  
erzogenen Jungen aus acht-  
barer Familie wird sofort  
passende

**Lehrstelle**  
ge sucht.  
Zu erz. i. d. Geschäftsf. d. Wl.

## Blut

wird gereinigt bei  
Gebrauch von  
**Dr. Soldans**  
**Frangulatee.**  
**Drogerie Gabr. Benz**  
Nagold und Ebhausen.

**Geförderung.**  
Stuttgart: Albert Weigel,  
Seminarrektor a. D., 1887  
bis 1900 Professor am  
Lehrerseminar Nagold.  
Widberg: Friedrich Kempf,  
Oberamts-Inspektions-  
Straßenwächter, 74 1/2 J.

## Die Wirtschaft zur Rohlmühle

ist bis auf weiteres  
geschlossen.

J. Wurster.

## Prima Futterkalk

phosphor-saurer Kalk  
eigenes Fabrikat  
bedeutende Gewichtzunahme  
bei Groß- und Kleinvieh  
empfiehlt zu billigsten Preisen

Apotheker Jos. Englert  
Schwarzwald-Drogerie, Kittenberg.

Bei Abnahme von größerer  
Quantität bedeutende  
Preisermäßigung.

## Alles

vermittelt schnell und billig eine  
Anzeige in der Schwarzwälder  
Tageszeitung „Aus den Tannen“.

